

Entschleunigung – und zwar schnell

Die große Transformation als Herausforderung für die Kirchen und die besondere Bedeutung des Faktors Zeit

von Dr. Brigitte Bertelmann, Referentin für Wirtschaft und Finanzpolitik im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

Die mit der Massenproduktion in Fabriken notwendig gewordene Synchronisierung von Tages- und Arbeitsabläufen, die einmal als „die Moderne“ bezeichnet wurde, ist inzwischen weitgehend überholt.

In der globalisierten Welt ist der Umgang mit Zeit flexibler und individualisierter, auf den ersten Blick also freier geworden. Tatsächlich hat die Entgrenzung und Flexibilisierung uns aber nicht befreit von der Bewirtschaftung der Zeit. Der mit individueller Zeitsouveränität für die meisten Menschen verbundene Zwang zum Zeitmanagement und zum effizienten Umgang mit Zeit bedeutet keineswegs Zeitwohlstand. Für Familien, in Freundeskreisen und anderen sozialen Kontexten wird die Koordination der unterschiedlichen Zeitstrukturen zu einer zunehmenden Belastung. Die zunehmende Arbeitsdichte, der Zwang zum „Multi-tasking“ und zur ständigen Verfügbarkeit nicht nur in Unternehmen, die als „Global-Players“ in mehreren Zeitzonen unterwegs sind, führt bei immer mehr Menschen zu psychischer Erschöpfung bis hin zur Arbeitsunfähigkeit. Die Formel „Zeit ist Geld“ und das „Bepreisen“ von Zeiteinheiten reduziert Menschen und ihre Lebens- und Arbeitszeit auf Produktionsfaktoren, für die die Vorgabe gilt, genauso wie aus investiertem Kapital, möglichst viel „herauszuholen.“

In einer von Wettbewerb und Marktwirtschaft geprägten Wirtschaftsordnung gehen Produktionsfaktoren nach Maßgabe ihres Preises in die Kalkulation unternehmerischer und schließlich auch in politische sowie individuelle und gesellschaftliche Entscheidungen ein. Werte, Leistungen und Güter, die keinen oder nur einen relativ niedrigen Marktpreis haben, werden folglich bei diesen Entscheidungen überhaupt nicht, oder nur "unter Wert" berücksichtigt. Dies gilt für Arbeitszeit und „freie Zeit“ ebenso wie für natürliche Ressourcen wie Biodiversität, Klimastabilität, saubere Luft und sauberes Trinkwasser, die lange Zeit als "freie Güter" galten, die jeder nach Belieben und ohne Entgelt nutzen und verbrauchen konnte. Der weitgehend gescheiterte Versuch, mit dem marktwirtschaftlichen Instrument des Emissionshandels den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren hat die Schwierigkeiten und Grenzen politischer Preise deutlich gemacht. Sie können nur dann wirksam sein, wenn Klimaschutz, Schutz der Biodiversität und Erhaltung von Lebensraum tatsächlich die oberste Priorität haben und nicht aufgrund von kurzfristigen Wirtschaftsinteressen abgeschwächt werden. Die damit verbundenen Kosten und Belastungen müssen nach dem Verursacherprinzip und dem Prinzip der Leistungsfähigkeit verteilt werden.

Um die Treibhausgasemissionen so rasch und so weit zu reduzieren, dass gefährliche Klimaänderungen mit nicht reversiblen Folgeschäden noch vermieden

werden können, braucht es einen nachhaltigen globalen Ordnungsrahmen, "der dafür sorgt, dass Wohlstand, Demokratie und Sicherheit mit Blick auf die natürlichen Grenzen des Erdsystems gestaltet und Entwicklungspfade beschritten werden, die es erlauben, das 2°C Ziel als Klimaschutzleitplanke einzuhalten¹.

Der Faktor Zeit spielt dabei eine herausragende Rolle und die besondere Herausforderung liegt in den unterschiedlichen Zeithorizonten, Gleichzeitigkeiten sowie Ungleichzeitigkeiten, die in dieser komplexen Situation einzubeziehen sind.

- Während natürliche Klimakonstellationen sich über Jahrtausende entwickeln und sich nur sehr langsam - im Laufe eines Menschenlebens bisher kaum wahrnehmbar, - verändern, vollzieht sich die mögliche Veränderung (Erwärmung, Versauerung der Weltmeere, Artensterben) aufgrund anthropogener Einflüsse innerhalb weniger Jahrhunderte.
- Nach Ansicht vieler Wissenschaftler weltweit müssen die Weichenstellungen für eine weitgehende Einstellung von CO₂ Emissionen aus fossilen Quellen dafür noch im Laufe dieses Jahrzehnts erfolgen und in den nächsten dreißig Jahren bis 2050 konsequent umgesetzt werden.
- Während fast drei Viertel aller CO₂ Emissionen zwischen 1850 und 2007 von nur zehn Industrieländern verursacht wurden², ist der Risikoindex (Vergleichsgröße für das Risiko, das eine Gesellschaft Opfer von Naturgefahren und Klimawandel wird) in den ärmsten Ländern (überwiegend Zentralafrika und Asien) am höchsten.³
- Während gesetzliche und institutionelle Reformen sowie staatliche und privatwirtschaftliche Investitionen in erheblichem Umfang innerhalb relativ kurzer Zeit umgesetzt werden müssen, um den Umbau zu einer postfossilen Wirtschaft und Gesellschaft zu realisieren, werden die „Erträge“ zum großen Teil erst deutlich später und dann auch nicht in Form von individuell oder regional zurechenbaren Geldzahlungen entstehen, sondern überwiegend in Form von vermiedenen Schäden und Kosten als positive externe Effekte in unterschiedlichen Ländern der Erde.
- Überwiegend individuelles bzw. betriebswirtschaftliches und damit eher kurzfristiges Denken bei Investitionsentscheidungen steht dem langen Zeithorizont, der bei Fragen der Nachhaltigkeit zugrunde zu legen ist, und einem Kostenbewusstsein, das auch die externen Effekte sowie die Opportunitätskosten unterlassener Investitionen und nicht durchgeführter institutioneller Reformen einbezieht, im Wege. Dafür die notwendigen

¹ Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin 2011, S. 1

² Menschen, Klima, Zukunft? Wege zu einer gerechten Welt. Jahrbuch Gerechtigkeit V, Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit, Glashütten 2012, S. 220

³ a.a.O. S. 210f

rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen ist die zentrale politische Herausforderung der nächsten Jahre⁴.

Ab sofort wären jährliche Investitionen von ca. 1% des BIP weltweit erforderlich, um das 2°C-Ziel in etwa zu erreichen. Diese müssten sowohl in die Umsetzung bereits heute technisch möglicher Maßnahmen zur Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern eingesetzt werden, wie auch in die Erforschung und Entwicklung von Produktionsverfahren, Verkehrssystemen, Gebäudebau und –betrieb, Konsummustern aber auch politischen und sozialen Institutionen und Strukturen, die sich schrittweise aus der Abhängigkeit der auf fossile Energieträger aufbauenden kurzfristig ausgerichteten Wachstums- und Wettbewerbspolitik lösen. Allein für den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland würde dies ein jährliches zusätzliches Investitionsvolumen von knapp dreißig Mrd. in den nächsten Jahrzehnten bedeuten, für die EU ca. 130 Mrd. Euro. Der Frage ob wir uns das leisten können steht dabei die Frage entgegen, ob wir es uns leisten können und wollen, diese Investitionen heute nicht zu tätigen. Nicholas Stern hat die Schäden und Kosten für diesen Fall auf mindestens 5%, bei einer breiteren Berücksichtigung der durch den Klimawandel ausgelösten Schäden sogar auf bis zu 20% des globalen BIP geschätzt. Bei aller Unsicherheit, die mit solchen Schätzungen verbunden sind, macht diese Relation deutlich, dass wir bei einer längerfristigen Betrachtung nichts sparen, wenn wir heute Investitionen in Nachhaltigkeit unterlassen, dass wir aber nachfolgenden Generationen, die wir heute durch Ausgabensenkung angeblich schützen und entlasten wollen, viel ersparen können, wenn wir jetzt damit beginnen⁵.

- Fest etablierte (früher erfolgreiche), traditionelle und positiv besetzte Wertvorstellungen lassen sich auch angesichts veränderter Bedingungen/Situationen nur schwer und allenfalls über längere Zeit verändern. Es ist heute schwer zu vermitteln, dass z.B. "freies Wirtschaften", Individualisierung und Wettbewerb irrational werden in einer Zeit, die ein neues Verständnis von "einer Welt" und gemeinsamen Interessen braucht und zu deren Umsetzung starkes, staatliches, allgemeinverbindliches und dennoch demokratisch legitimes Handeln erforderlich macht.
- Kirchen und kirchliche Werke betonen bei ihrem Engagement für wirksamen Klimaschutz, die Notwendigkeit und den legitimen Anspruch auf Wachstum

⁴ Vorschläge für eine konkrete wettbewerbsrechtliche Umsetzung wurden z.B. von Scherhorn et al. entwickelt. vgl. <http://band1.dieweltdercommons.de/essays/gerhard-scherhorn-die-welt-als-allmende-fur-ein-gemeingutersensitives-wettbewerbsrecht/>

Vorschläge für die notwendigen institutionellen Reformen finden sich auch im Gutachten des WBGU 2011, a.a.O. insbesondere S. 215ff; konkrete Vorschläge für wissenschaftliche, technische, umweltbezogene, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen enthält der kürzlich veröffentlichte 5. Sachstandsbericht des IPCC (International Panel on Climate Change).

⁵ Der *Review on the Economics of Climate Change* untersuchte unter Leitung des ehemaligen Chefökonom der Weltbank und späteren Leiters des volkswirtschaftlichen Dienstes der britischen Regierung Nicholas Stern die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung. London 2006

und Entwicklung und den damit verbundenen Ressourcen- und Energieverbrauch von armen unterentwickelten Ländern, der im Rahmen der vorhandenen technischen und institutionellen Möglichkeiten wohlhabenden und höher entwickelten Ländern zu unterstützen ist. Diese müssen sich gleichzeitig von bisherigen, auf fossile Energieträger basierenden Entwicklungspfaden verabschieden.

- Kirchen engagieren sich darüber hinaus im Rahmen der Klimaallianz Deutschland für eine konsequente Umsetzung der Energiewende. Sie beteiligen sich an der politischen Willensbildung, machen Bildungs- und Informationsangebote und entwickeln eigene Klimaschutzkonzepte.
- Als institutionelle Anleger können sie auch durch ihr Investitionsverhalten wirksam zu einer nachhaltigen Entwicklung und zum Gelingen der Großen Transformation beitragen.
- Die Forschung und die praktische Erfahrung zum Schutz von und Umgang mit Gemeingütern hat gezeigt, dass dies relativ homogenen Gruppen im Bewusstsein gemeinsamer Interessen erfolgreich gelingt, wenn sie einvernehmlich Regeln für die individuelle Nutzung und den Zugang von genau zu definierenden Zugangsberechtigten zu ihren Gemeingütern entwickeln und gemeinsam deren Durchsetzung gewährleisten. Sie müssen verstehen, dass sie eine gemeinsame Zukunft haben und sie müssen in der Lage sein, sich selbst zu organisieren. Dieser Erfolg ist gefährdet oder sogar ausgeschlossen, wenn widerstreitende kurzfristige und langfristige Interessen verschiedener Nutzer vorliegen und die kurzfristigen Interessen mit mehr Macht und Durchsetzungsfähigkeit ausgestattet sind als die langfristigen oder wenn sich eine "Elite" von den Folgen ihrer Handlungen abschotten kann. Kirchen können dazu beitragen, in dieser Diskussion ehrlich und transparent mit den widerstreitenden Interessen umzugehen und stärker ethische und religiöse Kriterien und Orientierung einzutragen, sowie in exemplarischen Projekten die Realisierbarkeit von Alternativen erfahrbar zu machen.

April 2014

Dr. Brigitte Bertelmann
Stellv. Leiterin
Referentin Wirtschaft und Finanzpolitik
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz
Tel.: 06131 287 44 44
Fax: 06131 287 44 11
e-mail: b.bertelmann@zgv.info